



## Pressemitteilung

Bad Windsheim, 11. August 2009

*Nach Stadtratsanhörung: Niveaulose und unsachliche Angriffe gegen „Etz langt's!“:*

Bürgerinitiative wehrt sich gegen mangelndes Demokratieverständnis bei manchen Lokalpolitikern

*Schutz von Bürger und Umwelt im Mittelpunkt – „Kurstadt darf Lebensqualität nicht verlieren“*

Die Kreisgruppe NEA/BW der Bürgerinitiative „Etz langt's“ zeigt sich entsetzt über unsachliche Reaktionen der CSU im Bad Windsheimer Stadtrat sowie des Illesheimer Bürgermeisters Förster. Die CSU warf den im Stadtrat vortragenden Fluglärmgegnern von „Etz langt's!“ gar „Fremdenfeindlichkeit“ vor.

Dieser niveaulose Angriff zeugt aus der Sicht des Sprecherrats der Kreisgruppe nicht nur vom völligen Fehlen von Sachargumenten, sondern stellt eine Beleidigung des bürgerschaftlichen Engagements dar. Offenbar fürchtet die CSU das Wahlkampfthema Hubschrauberlärm wie der Teufel das Weihwasser und verliert bereits gut zwei Wochen nach Gründung der BI-Kreisgruppe völlig die Contenance.

Währenddessen verteidigt der Illesheimer Bürgermeister Förster, anstatt seine Bürger vor Fluglärm zu schützen, die Nachtflüge der US-Hubschrauber und dankt der Bevölkerung seiner Gemeinde, nicht an Demonstrationen teilzunehmen. Es verwundert doch sehr, dass einem Bürgermeister die Lebensqualität und die Gesundheit der Menschen in seiner Kommune nicht interessiert und sich lieber um US-Fluglizenzen kümmert, erklärt Brigitte Kiesel, Mitglied im BI-Sprecherrat und früher selbst viele Jahrzehnte in Illesheim wohnhaft: „Försters Infragestellen des Demonstrationsrecht und der freien Meinungsäußerung jedoch lässt ein eher mangelndes Demokratieverständnis vermuten.“

Kiesel und Sprecherrätin Tanja Schwarz aus Ickelheim erinnern an die massiven Belastungen der Bevölkerung im Umfeld der US-Basis: Dass nächtlicher Fluglärm zu einem deutlich höheren Bluthochdruckrisiko führt, hat das Umweltbundesamt nachgewiesen. Ein einziger Hubschrauber belastet unsere Umwelt in einer einzigen Flugstunde mit soviel Feinstaub wie ein PKW auf 40.000 Kilometer. Die mehreren hundert verbrauchten Liter des hochgiftigen Treibstoffes JP-8 pro Stunde, lässt krebserregende und erbgutschädigende Verbrennungsrückstände auf die Bürger herabregnen.

Es sei daher unverständlich, wie Förster und CSU-Stadträte in Bad Windsheim mit der angeblichen Wirtschaftskraft des US-Militärs Menschen mundtot machen wollen, die für den Erhalt der Lebensqualität in der Kurstadt und ihrem Umland kämpfen.

Vielmehr zieht der Militärstandort mehr wirtschaftliche Nachteile mit sich: Das Image von Bad Windsheim als Kurstadt wird nachhaltig geschädigt, wenn über die Kuranlagen und die Köpfe der Gäste bis spät nachts die Rotoren knattern. Darunter leidet nicht nur der wichtige Wirtschaftsfaktor Tourismus.

Und auch die hochgelobten Immobiliengeschäfte mit der US-Armee, von denen einige Befürworter des Hubschrauberlärms persönlich besonders zu profitieren scheinen, werden einbrechen, sobald in Ansbach die riesige umzäunte Militär-Trabantenstadt mit Häusern für über 2.000 Soldaten fertiggestellt ist.

Gleichzeitig verlieren die Häuser und Grundstücke der Bürger durch die permanenten Hubschrauberüberflüge an Wert. Erschlossene Baugebiete können nicht mehr an den Mann gebracht werden, wie zahlreiche Lokalpolitiker etwa aus dem östlichen Landkreis Ansbach beklagen. Auch den merklichen Bevölkerungsrückgang im Umkreis der US-Basen führen sie nicht zuletzt auf die Dauer-Belästigung durch Lärm und Abgase der US-Hubschrauber zurück.

„Wir Aischgründer verkaufen unsere Lebensqualität, unsere Gesundheit und unsere Moral nicht für ein paar US-Dollars vom Militär“, machen die beiden Sprecherrätinnen deutlich. „Ob das auch unsere Volksvertreter so sehen, muss nach den teils unhaltbaren Aussagen der letzten Woche ernsthaft bezweifelt werden.“

Abschließend fragen sich Kiesel und Schwarz, warum man in Bad Windsheim nicht bereit ist, den Beschluss des Ansbacher Stadtrates, der ein Nacht- und Überflugsverbot für die US-Hubschrauber in Katterbach fordert, übernimmt. Man müsse sich doch im Klaren darüber sein, dass, sollte Katterbach ein Nachtflugverbot bekommen, noch mehr Helikopter nach Illesheim verlegt werden und die Bevölkerung noch stärker belastet werden würde.

gez.

Boris-André Meyer, Pressesprecher